

70 Jahre VVN Bremen

Feierstunde 24.08.2017 (Bremen)

Ich danke euch für diese Einladung zum 70jährigen Gründungsjubiläum.

Wenn man sich als Historiker die Frage nach dem Gründungsdatum unserer antifaschistischen Organisation stellt, wird mal schnell feststellen, dass die Antwort darauf gar nicht so einfach ist. Natürlich könnte man den in den Erinnerungen von Willy Hundertmark genannten 15. Januar 1947 nennen. Dieses Datum ist gesichert, aber erst zwei Monate später haben wir die offizielle Gründung einer interzonalen Organisation VVN in Frankfurt/M. Doch eigentlich waren in Bremen die Strukturen einer antifaschistischen Organisation der Überlebenden und Widerstandskämpfer bereits durch die „Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus“, die unmittelbar nach der Befreiung der Stadt durch die alliierten Truppen gebildet wurde, geschaffen.

Schon in den ersten Tagen der Befreiung hatten die Antifaschisten – zurückgekehrt aus den Haftstätten und Konzentrationslagern, aus dem Exil, der Illegalität oder der inneren Emigration Verantwortung für den Wiederaufbau und den antifaschistisch – demokratischen Neubeginn übernommen. In ihrer Zeitung „Der Aufbau“ schrieben sie – wie der Titel des Reprints lautete – tatsächlich das erste Kapitel des antifaschistisch-demokratischen Neubeginns. Die Nazigegner reorganisierten im Auftrag der Alliierten das politische und gesellschaftliche Leben. Sie wurden Bürgermeister, Polizeichef, Schul- und Sozialdezernenten. Und mit der „Kampfgemeinschaft“ hatten sie ein überparteiliches antifaschistisches Komitee, was jedoch der Besatzungsmacht weniger in den Kram passte, sodass es Ende Dezember 1945 zugunsten neu zu bildender Parteien aufgelöst wurde.

Zu den bekannten Vertretern der Kampfgemeinschaft, die dann später die VVN mitbegründeten, gehörten Willy Meyer-Buer und Käthe Popall, die als KPD-Vertreterin lange Jahre in der Bremischen Bürgerschaft war. Repräsentant für die VVN in der britischen Zone war **Hans Schwarz** (Hamburg) – als österreichischer Sozialdemokrat wurde er bereits 1933 verhaftet und in das KZ Dachau verschleppt, später ins KZ Neuengamme.

Am 10. August 1946 trafen sich antifaschistische Vertreter aus dem Norden, Berlin, Nordrhein-Westfalen, Stuttgart und Frankfurt in Hanau, um gemeinsam die Strukturen einer Satzung für die zu bildende Organisation der Antifaschisten zu beraten und zu beschließen.

Als Name wurde – wie Emil Carlebach berichtete – mit Rücksicht auf die Westalliierten „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ gewählt.

Als politische Eckpunkte wurden folgende Forderungen formuliert:

- „1. Die breitesten Bevölkerungsschichten, insbesondere die Jugend über die faschistischen Verbrechen zu unterrichten,*
- 2. den tapferen offenen Kampf der deutschen Widerstandsbewegung aufzuzeigen und zu würdigen,*
- 3. den Kampf gegen alle ideologischen Reste des Nazismus, des Militarismus und der Rassenlehre systematisch zu führen, um dadurch den Völkerfrieden zu sichern und jeden Versuch neuer faschistischer Betätigung zu unterbinden,*
- 4. die Zusammenarbeit aller antifaschistischen, demokratischen Kräfte zu stärken und aufzubauen.“*

Mit der Bildung des Gesamtdeutschen Rates und der Ersten Interzonalen Länderkonferenz vom 15. – 17. März 1947 war der eigentliche Prozess der Gründung der VVN abgeschlossen.

Die Notwendigkeit einer selbstständigen politischen Organisation der Widerstandskämpfer und Verfolgten ergab sich auch deshalb, weil die Ost-West-Konfrontation immer intensiver wurde und das politische Gewicht der Stimme der Antifaschisten abzunehmen schien. Zwar standen Länderregierungen und viele Einrichtungen in Erklärungen noch zu den Zielen des antifaschistischen Neubeginns. In der politischen Realität verstärkten sich jedoch die Konflikte.

- Es ging um eine konsequente gesellschaftliche Entnazifizierung, bei der nicht nur Staatsapparat und Verwaltung, sondern auch Betriebe und andere gesellschaftliche Bereiche erfasst wurden, die jedoch frühzeitig durch „Persilscheine“ und Renazifizierung durch belastete „Spezialisten“ konterkariert wurde.
- Eine echte Entschädigung bzw. Wiedergutmachung wurde von den Verwaltungen oftmals durch Verschleppung der Ansprüche bzw. Diffamierung der Forderungen als „Privilegien der KZler“ blockiert.

Diese Auseinandersetzungen führten dazu, dass die VVN auch mit spektakulären Aktionen die Interessen der Verfolgten und Antifaschisten zu Gehör brachte.

- Und bezogen auf die Erinnerungspolitik mussten die Antifaschisten sehr früh erleben, dass die Mehrheitsgesellschaft wenig von dem politischen Gedenken hielt und sich stattdessen die Gedenkarbeit auf die Trauer allein um Opfer bezog, wobei dann die deutschen Toten (Bombenopfer, Kriegstote) undifferenziert integriert werden konnten.
- Die Überlebenden und Antifaschisten hatten sich engagiert für antifaschistisch orientierte Landesverfassungen eingesetzt. Es war ihnen aber klar, dass damit nur ein Anspruch formuliert wurde. Nun musste es darum gehen, die Gesellschaft dahingehend zu gestalten, dass die demokratischen und sozialen Ansprüche umgesetzt werden.

Der Kalte Krieg und die damit verbundenen innenpolitischen Konflikte machten natürlich keinen Bogen um unsere Organisation. Es begann mit dem Unvereinbarkeitsbeschlusses der SPD und es folgten Abspaltungen vor allem bürgerlicher Kräfte.

Auch in Bremen verließen sozialdemokratische Mitglieder die neu gegründete Organisation, als der Schumacher – Vorstand den Unvereinbarkeitsbeschluss durchsetzte und eine AvS gründete. Sozialdemokratische Mitglieder sahen sich vor einer Entscheidung zwischen VVN und SPD gestellt und einige von ihnen verließen die VVN. Auch wenn die Zahl begrenzt war, von nun an wurde die VVN als kommunistische Tarnorganisation stigmatisiert.

Die **Folgen der politischen Ausgrenzung** waren Existenz bedrohend:

- Es gab Eingriffe in die Handlungsfähigkeit der Organisation. Insbesondere das friedenspolitische Handeln, die Unterschriften-Sammlungen für den „Stockholmer Appell“ wurden polizeilich verfolgt und Unterschriften „Für einen Friedensvertrag jetzt“, so lautete die Kampagne der VVN, waren auch in Bremen verboten.
- Gegen mehrere Landesverbände wurden Verbotsverfahren in Gang gesetzt. In Hamburg und Rheinland-Pfalz blieb das Verbot bestehen, was bis in die 80er Jahren hinein noch Auswirkungen im Verhalten der Landesbehörden gegenüber der VVN zeigte.

- Selbst öffentliches Gedenken der VVN für die Opfer des Faschismus wurde durch Verwaltungen behindert.
- Und mit dem § 6 BEG wurde ein Instrument geschaffen, das diejenigen Antifaschisten, die ihrer linken politischen Überzeugung treu blieben, finanziell ruinieren konnte.

Der heftigste Eingriff war der Versuch des juristischen Verbotes der Gesamtorganisation. Die Bundesregierung war sich der politischen Brisanz eines solchen Verfahrens durchaus bewusst, weshalb man als Anklagevertreter bewusst einen Juristen mit Verbindungen zum Kreis des 20. Juli 1944 auswählte. Man hatte jedoch völlig ausgeblendet, dass der Vorsitzende Richter – wie damals die Mehrheit seiner Zunft – eine aktive Nazi-Vergangenheit hatte. Als unser Kamerad August Baumgarte aus Hannover diese mit Dokumenten im Prozess selber öffentlich machte, war der Prozess geplatzt und wurde nicht wieder aufgenommen.

Das Scheitern war aber auch das Ergebnis einer breiten Solidaritätsbewegung aus dem In- und Ausland, bei der sich u.a. Martin Niemöller, Gewerkschaftsfunktionäre, Vertreter aus Wissenschaft und Öffentlichkeit sowie zahllose Mitgliedsverbände der FIR aus West und Ost auf die Seite der VVN stellten.

Ich kann und will im Rahmen meines Referates nun nicht auf alle wichtigen Ereignisse der Organisationsgeschichte eingehen, sondern **nur zwei Aspekte** beleuchten, die den Charakter der Organisation nachhaltig veränderten.

Das erste war die **politische Öffnung der Organisation** für nachgeborene Generationen vor 45 Jahren mit dem Oberhausener Kongress 1971.

In den 60er Jahren hatten die Gründung und der Aufstieg der NPD deutlich gemacht, dass neben den alten Faschisten in ihrer Traditionspflege Neofaschismus eine reale politische Gefahr darstellt. Hiergegen engagierten sich nicht nur die Überlebenden, sondern auch gesellschaftliche Kräfte wie Gewerkschaften und Parteien sowie Jugendliche. Vielleicht erinnert sich mancher noch an die breiten Proteste gegen die NPD-Kundgebung und ihre Saalschlacht-Truppe vor der Bremer Stadthalle im Bundestagswahlkampf 1969.

Die Studentenbewegung stellte außerdem den gesellschaftlichen Verdrängungsmechanismus in Frage („Unter den Talaren der Muff von 1000 Jahren“).

Auf der anderen Seite wurden erhebliche Defizite in der Vermittlung der Geschichte des Widerstands an die Nachgeborenen sichtbar – eine Schulbuchkonferenz von Frühjahr 1967 zeigte es, so dass vor 50 Jahren Überlebende, Historiker und Pädagogen den Studienkreis Deutscher Widerstand in Frankfurt gründeten.

Es ging also darum, einerseits das Vermächtnis der Überlebenden an die jungen Generationen weiterzugeben, andererseits die jungen Generationen mit Verantwortung für die Zukunft des Antifaschismus in diese Organisation zu integrieren. Damit war klar, dass nicht nur das politische Anliegen, sondern auch die Organisation eine längerfristige Perspektive haben soll.

Das war auch die Zeit, in der ich als Schüler in Bremen zum ersten Mal Kontakt zu ehemaligen Nazigegegnern bekam. Ich lernte Maria Krüger im Komitee „Kein Berufsverbot für Horst Griese“ kennen. Von ihr erfuhr ich, wo in Bremen der Sitz der Gestapo und das Gestapogefängnis war – nämlich in unmittelbarer Nähe zu meiner Schule, was mir kein Lehrer erzählt hatte.

Trotz aller „Reibungsverluste“, die es damals in manchen Orten gab, wurde diese Integration erfolgreich vollzogen. Sichtbar wurde dies am 8. Mai 1975, als zum ersten Mal bei einer von der VVN – BdA aktiv mit vorbereiteten Demonstration und Kundgebung 40.000 Menschen zum Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg in Frankfurt/M. demonstrierten.

Ohne ins Detail gehen zu können, behauptete ich, dass die **Ergebnisse unserer Arbeit** durchaus gesellschaftlich messbar waren.

a) Es gab eigentlich keine Naziprovokation, die nicht durch Antifaschisten politisch beantwortet wurde.

b) Das gesellschaftliche Ansehen des antifaschistischen Widerstandes war sehr hoch. In einer Zeitungsstudie erklärten Mitte der 80er Jahre etwa 80 % der Angehörigen der Nachkriegsgenerationen, dass der antifaschistische Widerstand verdienstvoll gewesen sei.

Die zweite existenzielle Veränderung war der **Umbruch 1989/90**, als mit dem Ende der finanziellen Absicherung der Arbeit und der ideologischen Auseinandersetzungen nach dem politischen Ende der DDR auch die VVN in eine Existenzkrise gestürzt wurde.

Das bedeutete damals:

- Fast alle hauptamtlichen Strukturen brachen weg,
- Zahlreiche Mitglieder verließen die Organisation
- Wir erlebten einen massiven politischen „Gegenwind“, da Antifaschismus als „DDR-Ideologie“ denunziert wurde.

In dieser Periode haben sich besonders unsere älteren Mitglieder mit großem persönlichem Einsatz für den Erhalt der Organisation eingesetzt. Ich möchte nur einige nennen, die mir persönlich noch in Erinnerung sind, die uns damals halfen, die Organisation zu erhalten:

Jupp Angenfort, Peter Gingold und Joseph C. Rossaint, der auf dem Düsseldorfer Bundeskongress einstimmig zum ersten Ehrenpräsidenten der Organisation gewählt wurde. Hier für Bremen ist sicherlich der Kamerad Willy Hundertmark hervorzuheben.

Mit ihrer Hilfe und dem Engagement viele Nachgeborener gelang es, die Organisation – wenn auch auf niedrigerem Niveau – zu stabilisieren, zu profilieren und zu einem weiterhin beachteten politischen Faktor zu machen.

Da viele der heute Anwesenden die vergangenen gut 25 Jahre selber als aktive VVN-Mitglieder erlebt haben, möchte ich über die Ereignisse, Projekte und Aktivitäten nichts ausführen. Ihr selber wisst besser als ich, mit welchem geringen Mitteln, welchem großem Engagement und – oftmals – welcher guten Unterstützung von Bündnispartnern wir politische Signale im Sinne antifaschistischer Geschichtsarbeit, gegen neofaschistische Provokationen oder für die Interessen der Überlebenden – insbesondere in der Debatte um die Entschädigung von Zwangsarbeitern gesetzt haben. Ein deutliches Zeichen für die Handlungsfähigkeit der Organisation war die Kampagne „nonpd- NPD-Verbot jetzt“, bei der 175.000 Menschen diese Forderung mit ihrem Namen unterstützt haben.

Und ich erinnere an diese Kampagne auch vor dem Hintergrund des aktuellen Urteils des Bundesverfassungsgerichtes, das die NPD zwar für

verfassungswidrig erklärt, aber dennoch kein Verbot ausspricht. Damit bleibt für uns auch zukünftig die Forderung „nonpd“.

An diesem 70. Jahrestag stehen wir vor **neuen Herausforderungen für die Zukunft** unserer Organisation, da die Zahl der Zeitzeugen verschwindend gering ist. Die hierdurch entstandenen Lücken kann niemand von uns Nachgeborenen ernsthaft schließen. Wir – als Angehörige der nachgeborenen Generationen – müssen auf anderen Ebenen versuchen, das gemeinsame Anliegen fortzusetzen.

Dazu **einige Überlegungen zum Abschluss** und als Ausblick:

1) Die hohe personale Autorität der Zeitzeugen-Generation, die als Person im politischen Alltag Kristallisationspunkt und „Schnittmenge“ unterschiedlicher Strömungen waren, können wir nur durch eine intensive und vertrauenswürdige **Bündnisarbeit** kompensieren. Wir als Organisation müssen uns als zuverlässiger, handlungsfähiger und integrativer Partner in politischen Bündnissen beweisen. Besonders auf dem Element der Integration unterschiedlicher Handlungsformen und inhaltlicher Zugänge zum Antifaschismus muss unser Augenmerk liegen. Damit dürfte klar sein, dass die VVN-BdA in ihrem Handeln gegen rechts keine ideologischen Verengungen und dogmatisierenden politischen Vorgaben zulassen darf. Auch wenn es vielleicht manchmal „anstrengend“ ist, müssen wir diese Bündnisbreite innerhalb der Organisation und gegenüber unseren Mitstreitern verteidigen.

2) In der **Geschichtsarbeit** haben wir auf zwei Ebenen Aufgaben, aber auch Möglichkeiten, um auf das Verschwinden der Zeitzeugen zu reagieren.

Erstens sollten wir uns als „Zeugen der Zeitzeugen“ profilieren. Das können die „Kinder des Widerstands“ sein. Aber auch viele von uns Nachgeborenen sind durch den Kontakt mit ehemaligen Verfolgten und Widerstandskämpfern in Kontakt mit der VVN gekommen. Daher können wir mit Recht darauf verweisen, dass sich unsere historischen Positionen nicht allein auf Dokumente oder Bücherwissen stützen, sondern ausgehen von den Berichten derjenigen, die als Frauen und Männer gegen den Faschismus gestanden haben.

Daraus ergibt sich auch die zweite Perspektive: Wir sollten unser Hauptaugenmerk nicht auf die allgemeine Aufklärung über die NS-Zeit

legen, sondern insbesondere auf den Aspekt, dass Frauen und Männer diesem verbrecherischen Regime unter Einsatz ihrer Freiheit und ihres Lebens widerstanden haben.

Wie erfolgreich das sein kann, habt ihr in Bremen mit der Präsentation der Ausstellung „Europäischer Widerstand gegen den Nazismus“ in der unteren Rathaushalle Anfang 2015 gezeigt.

3) In der Tradition der Frauen und Männer aus Widerstand und Verfolgung kämpfen wir nicht nur gegen Rechtsentwicklung und Neofaschismus, gegen Antisemitismus, Antiziganismus und alle anderen Formen von Rassismus, sondern werden von der Vision einer anderen, sozial gerechten, menschenwürdigen, demokratischen, friedlichen Gesellschaft geleitet werden. Wir treten ein für

- den Erhaltung und die Erweiterung demokratischer Rechte und Freiheiten,

- die Ausweitung der politischen und gesellschaftlichen Mitwirkungsmöglichkeiten,

- friedliche Konfliktlösungen – insbesondere in zwischenstaatlichen Konflikten, die abgehen von militärischer Dominanz und Durchsetzung imperialer Interessen,

- den Auf- und Ausbau einer solidarischen Gesellschaft, die keine rassistischen oder sozialen Ausgrenzungen zulässt und soziale Sicherungssysteme entwickelt, die jedem ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Dazu gehören das Recht auf Arbeit und Wohnung und die Verwirklichung einer umfassenden sozialen Gerechtigkeit, das Recht auf Asyl und die Hilfe für Flüchtlinge,

- die Anerkennung der historischen Leistungen der Frauen und Männer aus dem antifaschistischen Kampf, ein angemessenes Gedenken der Opfer und damit die Entwicklung eines antifaschistischen Geschichtsbildes.

Diese Vision ist nicht durch eine parteipolitische Orientierung oder ein bestimmtes Gesellschaftsmodell bestimmt, sondern im Sinne des Schwurs der Überlebenden des KZ Buchenwald eine Gesellschaft, in der der Nazismus mit seinen gesellschaftlichen und sozialen Wurzeln beseitigt ist und eine neue Welt des Friedens und der Freiheit geschaffen wird.